

habe die nationale Angriffsbewegung um Jahre
zurückgeworfen. Fast jeder Satz des Redners
wurde von Beifallsstürmen aufgenommen. Die
merkmalen Worte Schmidts für Hitler als
Organisator hätten wieder kühnliches Handeln
des Nationalsozialisten aus. Eingehend
kam der deutschnationale Redner auf die Harz-
burger Verhandlungen und die politischen Ereignis-
nisse nach Harzburg zu sprechen. Als Schmidt-
Hannover den nationalsozialistischen Vorwurf zu-
rückwies, daß die Deutschnationalen seit 1918 ge-
schlafen hätten, gab es bei den Nationalsozialisten
ironisches Geknurren und Zustimmungsrufe.
Der Redner erwiderte in großer Erregung: „Ha-
ben Sie denn gar kein Gefühl dafür, wie Sie
damit Männer beleidigen, die jahrelang an der
Front gestanden haben? Wo war 1918 die na-
tionalsozialistische Partei? Die Fronten der
parlamentarischen und außerparlamentarischen
Kräfte von Harzburg hätte eine stetige nationale
Reichsregierung schaffen und erhalten können.
Hitler habe es statt dessen vorgezogen, hinter
dem Rücken des Stahlhelms und der Deutschna-
tionalen mit den Mittelparteien zu verhandeln,
mit dem Ziel einer Kabinetsbildung mit Ge-
hülfe als Reichstanzler und Brüning als Außen-
minister. An Dr. Goebbels richtete der deut-
schnationale Redner die Frage, ob er die Erklärung
eines nationalsozialistischen Abgeordneten: „unser
Feind steht rechts!“ billige und ob er es billige,
daß in Eichenau von Berliner Nationalsozialisten
die schwarzweiße Fahne von der deutschna-
tionalen Geschäftsstelle heruntergerissen und durch
die Gasse gegerollt wurde. (Stürmische Phrasen
der deutschnationalen Versammlungsteilnehmer.)
Schmidt-Hannover schloß mit einer eindringlichen
Mahnung zur nationalen Einheit. Die ganze
Versammlung, Deutschnationale sowohl wie Na-
tionalsozialisten, sangen gemeinsam das Flaggen-
lied.

Die Gegenseite Goebbels

Dr. Goebbels, der mit kühnlichen Hel-
rufen von den Nationalsozialisten begrüßt wurde,
bezeichnete es als tragisch, daß heute in Deutsch-
land zwei nationale Parteien miteinander zu fecht-
en hätten. Auch die Nationalsozialisten wählten
nicht, was sie dagegen einwenden sollten, daß
der Parlamentarismus liquidiert werde. Weistens
sei man gegen die Wehrheit, wenn man keine
Hoffnung habe, die Wehrheit zu gewinnen. Die
Nationalsozialisten hätten sich im Laufe der Jahre
mehrmals von Personen trennen müssen. Sie hät-
ten sich aber niemals von der Sache entfernt.
(Stürmischer Beifall.) Das Programm von 1919
gelte auch heute uneingeschränkt. Dr. Goebbels
erklärte, er wolle die Behauptung, die National-
sozialisten wollten den Reichspräsidenten absetzen,
als schärfste Demütigung. Wenn von seiner Par-
tei kommunistische Anträge unterstellt würden,
so gelte das nicht im Hinblick auf die Antrag-
steller, sondern im Hinblick auf den Zweck des
Antrages. Dr. Goebbels nahm dann sehr scharf
gegen die Gesamtpolitik des Kabinetts v. Papen
Stellung, insbesondere gegen die Notverordnun-
gen, die als in unerträglicher Weise unsozial be-
zeichnet werden müßten und die dadurch den Volk-
schweisens nur förderten. Die Nationalsozialisten
hätten nicht mit dem Zentrum verhandelt, um
das Parlament zu retten, sondern um die Rechte
des Volkes, die nun einmal in den Parteien zum
Ausbruch kämen, zu verteidigen gegen eine Re-
gierung, die nicht den mindesten Anhang im Volke
habe. Es treffe schon zu, daß in den Verhand-
lungen für Dr. Goebbels die Leitung eines Mi-
nisteriums für Propaganda, Volkserziehung,
Kultur und öffentliche Massenbeeinflussung in
Auslicht genommen sei. Harzburg sei ein Miß-
erfolg gewesen, denn die nationalen Bünde würden
sich niemals am grünen Tisch einigen, sondern erst
dann, wenn sich eine Bewegung als die große
Kührer durchgesetzt habe. Die Nationalsozialisten
bedienten sich keineswegs des Klassenkampfes und
sie wünschten weder den von links, noch aber
den von rechts. Wie könne man verlangen, daß
sich der Führer der NSDAP als Bizelektler
hinter Papen stelle? Wenn Papen mit seiner
Politik Schiffbruch erleide, so siehe er sich zurück
und die Nation werde nicht erschüttert. Erleide
aber Hitler Schiffbruch, erklärte Dr. Goebbels
unter stürmischem Beifall, so verlore in Deutsch-
land 14 Millionen Deutsche ihre letzte Hoffnung.
Der Einfluß könne nur gemindert werden, wenn die
Sicherheit bestehe, daß er zum Erfolg führe. Für
eine kritische Politik würden sich die National-
sozialisten nicht einem Kanzler nehmen, der 13
Jahre lang mit dem sozialdemokratischen Inter-
nationalismus zusammengewandert sei, sondern
einem, der bewiesen habe, daß er dafür auch seine
Sout zu Markte zu tragen bereit sei. Dr. Goeb-
bels schloß unter Hinweis auf den bisherigen
Kampf des Nationalsozialismus mit einem be-
geisterten Bekenntnis zu Hitler, von dem sich die
Partei niemals trennen lassen werde.

Als nach dem Abg. Dr. Goebbels als zweiter
deutschnationaler Redner der preussische Land-
tagsabg. Steuer das Wort nahm und gleich
am Anfang seiner Rede sagte, er fordere den
Abg. Dr. Goebbels auf, neben die Stammrolle
des Abg. Schmidt seine Stammrolle zu legen,
gab es im Saal eine erhebliche Unruhe.
Die Nationalsozialisten stimmten das Horst We-
sel-Lied an, die Raselle spielte einen Marsch. Als
die Raselle darauf das Deutschlandlied spielte,
erhob sich der ganze Saal und sang geschlossen:
Deutschland, Deutschland über alles. Darauf
trat sofort wieder Ruhe ein. Auf dringenden
Wunsch von Dr. Goebbels gab der Vor-
sitzende Steinhoff Dr. Goebbels „für zwei Sätze“
das Wort. Dr. Goebbels appellierte an seine
Partigenossen, sich nicht provozieren zu lassen.
Landtagsabg. Steuer konnte nach dem Zwei-
schiffbruch seine Rede, wenn auch unter immer
wiederholten Zwischenrufen der Nationalsozialisten
fortsetzen. Am 12 Uhr nachts erhielt noch
einmal Dr. Goebbels das Wort. Als Abg.
Schmidt, Hannover das Schlusswort erhielt,
legten die lärmenden Zwischenrufe der National-

Gemeinderatswahlen in Sachsen am 13. November

Die Reichsreform vor dem Landtag

Berlin!

Dresden, 19. 10. Die Abstimmung über
die am Dienstag beratenen Anträge wurde am
Mittwoch vormittag vom Hause vorgenommen.
Es wurden einige kommunistische Anträge, die
auf eine Aufhebung der Notverordnung zur Be-
hebung der Wirtschaft vom 4. September 1932
hinauslaufen, angenommen. Doch wurde der
kommunistische Antrag, die Durchführung der
Reichsnotverordnungen in Sachsen zu unterlegen,
nicht zur Abstimmung gestellt, weil dadurch von
der sächsischen Regierung Gefahren drohen
würden. Angenommen wurde ein sozial-
demokratischer Antrag, bei Neuinstellungen von
Arbeitern in den staatlichen Betrieben keinen Vor-
zug zu gewähren. Ferner ein kommunistischer
Antrag, anzuordnen, daß die Beamtengehälts-
zahlungen am Monatsanfang zum vollen Satz er-
folgen. Abgelehnt wurde der kommuni-
stische Antrag auf Beseitigung der sächsischen
Gemeinderatswahlen am 6. November. Annahme fanden schließlich
die beiden sozialdemokratischen Anträge, näm-
lich 1. die Anweisung des Innenministeriums an
die Polizeibehörden wegen Hinzurechnung der dem
Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossenen
Bereinigungen zu den politischen Vereinen im
Sinne der Reichsverordnung sofort zurückzu-
nehmen und 2. die Regierung zu veranlassen, eine
etwa beabsichtigte Kürzung der Beamtengehälter
und Angestelltenbezüge nicht durchzuführen.
Eine sozialdemokratische Anfrage nahm Bezug
auf die Bildung eines Ausschusses von Län-
dergemeinden durch die Reichsregierung, der die
Reichsreform beraten und vorbereiten soll. Die
Sozialdemokraten fragten die sächsische Regierung:
Welche Pläne verfolgt die Reichsregierung bei
der Reichsreform, und welche Stellung nimmt die
sächsische Regierung dazu ein? Ein sozialdemo-
kratischer Antrag verlangte, daß die sächsische Re-
gierung „gegen die verfassungswidrigen Pläne
der Reichsregierung schärfsten Protest einlegt und
im Reichstag gegen alle verfassungswidrigen Ge-
setzentwürfe stimmt, sofern die in der Verfassung
vorgesehene Zweidrittelmehrheit des Reichstages
nicht vorhanden ist.“

Reichspräsident Schieff

erklärt, daß die bisherigen Ausdehnungen der

sozialistischen erneut ein und nahmen bezerrigen Um-
fang an, daß der Redner nicht sprechen konnte.
Um die Nationalsozialisten zu beruhigen, erklärte
dann Dr. Goebbels nochmals das Wort: Dr.
Goebbels erklärte, daß die Nationalsozialisten das
Schlußwort ruhig abwarten würden, sofern es
loyal sei, dagegen nicht, wenn etwa der Führer
der NSDAP beleidigt würde.

In seinem Schlusswort, das nur unter ziem-
licher Unruhe gehalten werden konnte, mahnte
Schmidt, Hannover, erneut zur Einigkeit.

Keine Wahlen im Rundfunk

Berlin, 19. 10. Nach den neuen Verfügun-
gen für den Rundfunk sollen bekanntlich die Rund-
funkanstalten von parteipolitischen Darbietungen
freigehalten werden. Im Verlauf dieser Verfügun-
gen hat das Reichsministerium des Innern jetzt be-
schlossen, den politischen Parteien den Rundfunk
im gegenwärtigen Wahlkampf für Wahlen nicht
mehr zur Verfügung zu stellen. Vor der letzten
Reichstagswahl war den großen Parteien der
Rundfunk je eine halbe Stunde freigegeben wor-
den.

Wahlrecht bei einer deutschnationalen Wahlversammlung

Stolp in Pommern, 19. 10. Die Deutschna-
tionale Volkspartei veranstaltete hier am Mitt-
woch eine Wahlversammlung, in der Ritterguts-
besitzer von Reich-Schmensee in sprach. Zahlreiche
Nationalsozialisten verließen, den Redner durch
Zuschüsse zu fördern. Der Vortrag konnte je-
doch zu Ende geführt werden. Als einziger
Diskussionsredner richtete der nationalsozialistische
Landtagsabgeordnete Geyndt (Stettin) außer-
ordentlich heftige Angriffe gegen die Deutschna-
tionalen. Als dann von Reich den bekannten Aus-
spruch Hitlers vom November 1923: „Morgen
haben wir in Deutschland die Monarchie oder
ich bin tot“ erwähnt, kam es zu einem all-
gemeinen Tumult. Die Nationalsozialisten ver-
suchten darauf, die Versammlung zu sprengen,
während der deutschnationale Ausschuss dies zu
verhindern suchte. Die Polizei nahm zahlreiche
Verhaftungen vor.

Ausperrung von 200 000 Textil- arbeitern in England?

London, 20. 10. (Frankf.) Die Vermitt-
lungsverhandlungen zwischen den Fabrikanten und
Arbeitslosen der englischen Baumwollspinnereien sind
bisher ergebnislos verlaufen. Die Arbeitgeber
haben am Mittwoch ein Angebot der Arbeiter,
das eine geringere als die vorgesehene Lohnstei-
gerung vorsieht, abgelehnt. Damit ist erneut eine
gespannte Lage entstanden, da die Abmachungen
bereits am Montag ablaufen und die Arbeits-
geber mit der Ausperrung aller Spinnereiarbeiter
gedroht haben. Sollte daher bis Montag eine
Einigung nicht zustande kommen, so wird mit
der Ausperrung von rund 200 000 Textilarbeit-
ern gerechnet.

Reichsregierung ein erfreuliches Bekenntnis zum
sozialdemokratischen Gedanken gebracht hätten, denen
hoffentlich die entsprechenden Taten folgen würden.
Für eine Stellungnahme der sächsischen Regierung
sei jedoch bisher keine auch nur einigermaßen
klare Grundlage vorhanden. Ministerpräsident
Schieff hat, davon abgesehen, einen Beschluß im
Sinne des sozialdemokratischen Antrages zu fassen,
und erklärte weiter:

„Ich würde durchaus, die Tatsache, daß ein
Umbau des Weimarer Verfassungswerkes nur
dann festgelegt und Dauer verleiht, wenn er von
der Zustimmung einer überwiegenden Mehrheit
des deutschen Volkes getragen ist. Wenn der
Verfassungsreformvorschlag im Reichstag beraten
werden wird, wird die sächsische Regierung das
ganz gewiß nicht aus dem Auge lassen. Es ist
aber schiedenswegs nicht möglich, bei jeder Ab-
stimmung im Reichstag die Erwägung anzustellen,
ob der Beschluß später im Reichstag eine Zwei-
drittel-Mehrheit finden wird. Der Versuch, der
Landesregierung eine Bindung aufzuerlegen, indem
die Wirtschaft ihres Auftretens im Reichstag
zum Nachteil des Landes empfindlich beeinträch-
tigen.“

Nach dem Ministerpräsidenten nahm der deut-
schnationale Fraktionsführer Professor Siegert
das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen. Dann
sprachen noch die Abgeordneten Studentowski
(NSDAP), Kottner (Staatsp.) und Hilmann
(DVP).

Bei der Abstimmung wurde der erste Teil des
sozialdemokratischen Antrages, „schärfsten Protest
gegen die verfassungswidrigen Pläne der Reichs-
regierung einzulegen“, angenommen. Das gleiche
Schicksal hatte die im zweiten Teil des Antrages
enthaltenen Forderungen, im Reichstag gegen alle
verfassungswidrigen Gesetzentwürfe zu stimmen.
Abgelehnt wurde dagegen der Zusatz: „sofern
die in der Verfassung vorgesehene Zweidrittel-
Mehrheit des Reichstages nicht vorhanden ist.“
Damit war die Tagesordnung erschöpft und die
Ausgabe der Zwischenaktung erledigt. Der Präsi-
dent schloß um 14 Uhr die Sitzung und erbat sich
zum Hause die Ermächtigung, den Landtag zur
gegebenen Zeit einberufen zu können. Das dürfte
nicht vor der Eröffnung der Gemeinderats-
wahlen in Frage kommen.

Subventionspolitik

Verfüzung von Staatspolitik und Parteipolitik
Selbstverständlich kann es keine Regierung ver-
dacht werden, wenn sie aus staatspolitischen Grün-
den es für notwendig hält, für ihre politischen
Ziele in der Öffentlichkeit durch geeignete Maß-
nahmen Verständnis zu erwecken. Deshalb darf
sich eine solche begründete Kritik nicht gegen die
Tatsache als solche wenden, daß die verflozene
Preussensregierung gewisse Mittel für Aufgaben
dieser Art bereitgestellt hat, sondern lediglich
gegen die Benutzung der ganz anderen Aufgaben
bienenben Preussenskasse für diese Zwecke und
gegen die Art und Weise, wie diese Gelder ver-
wendet worden sind. Dieser ist im Akzept-Aus-
schuß des preussischen Landtages vor über die
Arbeitsgewährung an die „Adriatische Volksgemein-
schaft“ und über den Verkauf von Aktien der „Germania“,
des Berliner Zentrumorgans, gesprochen wor-
den. Die Dinge, die dabei zur Sprache kamen,
sind allerdings für die ehemalige Preussensre-
gierung nicht gerade rühmlich. Denn der Vertreter
der „Adriatischen Volksgemeinschaft“, Kammergenrat
Raus, hat ausdrücklich erklärt, daß dieses Or-
gan die für eine Umsiedlungsaktion benötigten
Summen auch auf anderem Wege hätte erhalten
können und daß er niemals davon gedacht hätte,
etwa ausländisches Geld heranzuziehen. Da-
durch entfällt also die „nationalpolitische“ Be-
gründung, die Akzept für diese Arbeitsgewährung
angegeben hat, nämlich die Bestätigung, daß
das führende rheinische Zentrumorgan finanziell
überfordert werden könnte, und übrig bleibt ledig-
lich die Tatsache, daß durch Vermittlung des in
diesen Dingen sehr rührigen Herrn Hirscher
durch die Preussenskasse ein Geschäftskredit an
ein Organ der damaligen Regierungskoalition
gewährt wurde.

Bei der Besprechung des Anlaufes der „Ger-
mania“-Aktien stellte es sich heraus, daß es sich
hierbei um einen Kampf des Zentrums gegen
einen Großaktionär der Zeitung handelte, und
das war — Herr v. Papen. Um also die Zen-
trumspartei in ihrem unter der Decke geführten
Kampf gegen ein ihr unbenommen verwehrendes Mi-
glied finanziell zu stützen, mußten die Gelder der
Preussenskasse herhalten, die — Herr Akzept mag
sagen, was er will — auf diese Weise ihren eigen-
tlichen Zweck entzogen wurde. Diese Feststel-
lung ist wohl das plämieste Ergebnis der bis-
herigen Beratungen des Akzept-Ausschusses.
Wie gut, daß mit dieser Verfügung von „Staats-
politik“ und Parteipolitik jetzt in Deutschland
„abgällig“ aufgeräumt worden ist!

Bernehmung des Reichstanzlers v. Papen im Akzeptauschuss

Berlin, 19. 10. Nach einer Mittagspause wurde
heute im Akzeptauschuss nach einer längeren Ber-
nehmung des Bankiers Anton Reichstanzler
von Papen als Zeuge über die Frage ge-
hört, ob ihm bekannt sei, daß im Jahre 1930 mit Mitteln
der Preussenskasse über die Göringhaus-Gesellschaft
Aktien der „Germania“ angekauft worden seien, um
zu verhindern, daß er (der Reichstanzler v. Papen)
die Aktien-Raktoriale der „Germania“ bestimme.
Reichstanzler von Papen erklärte, ihm sei wohl ein
derartiges Geschäft bekannt gewesen, er habe aber
keine Gewißheit über die Herkunft erhalten können.
Erst durch die kürzlich erfolgte Nachprüfung in der

Preussenskasse sei festgestellt, daß Mittel dieser
Art für den Verkauf von „Germania“-Aktien ver-
wendet worden seien. Es habe sich um einen Teil
eines Aktienpakets gehandelt, das früher im Besitz
des Ministerialdirektors Seidler gewesen sei.

Auf die Frage eines kommunikativen Ausschusses
mitgliedes, ob die Reichsregierung die Aktienre-
muneration unterlässe, erwiderte der Reichstanzler,
daß der im Reichshaushalt ausdrücklich für solche
Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel kein lei-
stung der Reichsregierung, solange er an ihrer Spitze
stehe, zum Zweck der Preßbeeinflussung in irgend-
einer Form, sei es durch Kauf, sei es durch eine
andere Einflussnahme, keinerlei Mittel angewandt
worden. Was eine angebliche Unterstützung oder
Beihilfe des Reichswehrministeriums an den
„Adriatischen Rundschau“ anbelange, so seien ihm
Nachrichten darüber lediglich aus der Presse be-
kannt. Er betonte, daß tatsächlich fremdwächtige
Mittel des Reichswehrministeriums in dieser Weise
verwendet worden seien. Die Frage, ob er persön-
licher Besitzer von „Germania“-Aktien sei, oder ob
er die Aktien als Treuhänder verwalte, beant-
wortete der Reichstanzler dahin, daß er persönlicher
Besitzer sei. Die Aktien habe er kleinerer Erwor-
ber, um einen Interventionen Einfluß in der
Politik der „Germania“ zum Ausdruck zu bringen.
Damit war die Bernehmung des Reichstanzlers
beendet.

Staatssekretär Bland von der Reichsanleihe
wurde gefragt, ob es möglich sei, Zeitungen aus
Reichsmitteln zu unterstützen. Der Zeuge verwies
auf die Reichstanzler, darauf, daß für solche Zwecke
nur die im Haushalt angedeuteten Mittel in Frage
kämen. Außerhalb dieses Rahmens seien keinerlei
Gelder zur Unterstützung oder Beeinflussung einer
Zeitung gegeben worden.

Einschränkung der Personalausgaben bei subventionierten Unternehmen

Berlin, 19. 10. Zur Ausführung der Bestim-
mungen der Verordnung vom 4. September 1932
über die Einschränkung der Personalausgaben bei
subventionierten Unternehmen sind ergänzende und
erklärende Bestimmungen in Vorbereitung, über
die die Reichsregierung nach Rücksprache der erfor-
derlichen Verhandlungen unter den beteiligten Reichs-
und mit den Ländern Rücksprache stattfinden wird.
Die bisher über den angeführten Inhalt erschienenen
Pressemitteilungen enthalten jeder Grundlage.

Polnisch-französischer Zwischenfall bei einer Chopin-Feier

Warschau, 19. 10. (Frankf.) Bei einer
Gedächtnisfeier zu Ehren des größten polnischen
Tonkünstlers Chopin, die in der Warschauer Phil-
harmonie stattfand, kam es zu einem recht pein-
lichen Zwischenfall. In Vertretung des franken
Generals Sostakowitsch hielt der polnische Vertreter
des Chopin-Ausschusses, Olszynski, eine Eröffnungs-
rede, in der er u. a. sagte: „Chopin war der
Sohn einer Polin und eines Vaters mit fremd-
ländischem Namen“. Diese Worte haben, wie das
nationaldemokratische „ABC“ mit Entrüstung be-
merkt, bei den versammelten Zuhörern einen
unangenehm peinlichen Eindruck hervorgerufen.
Der zur Feier erschienene französischer Volkshörer
Barthelemy verließ nach der Rede den Saal und
nahm an der Feier nicht mehr teil. Da Chopin
bekanntlich einen französischen Vater hatte, glaubt
das Blatt, daß die Ausrufung „Vater mit fremd-
ländischem Namen“ eine Beleidigung für Frank-
reich sei. Die Feier war eine offizielle Veran-
staltung, sowohl der Staatspräsident Mosicki, als
auch Vertreter der Regierung waren erschienen.
Der Festredner Olszynski ist Mitglied des Regie-
rungsrates.

Politische Nachrichten

Abbruch der deutsch-französischen
Reichsministerkonferenz. Reichsminister Freiherr
von Gagl traf am Mittwoch gegen 20 Uhr
von Lausanne und Freyung kommend in Paris,
dem Endpunkt, seiner Ostmarkreise ein. Im
Ratskeller fand ein zwangloser Gedankenaustausch
statt. In einer Unterredung mit dem Reichs-
minister der Telegraphen-Union, betonte der Reichs-
minister, er habe auf seiner dreitägigen Reise
erkannt, daß es sich bei der deutsch-französischen
ein schwerbedrohliches Grenzgebiet handele, das die
Fürsorge des Reiches bedürfte und verdirbe. Er
hoffte, daß es gelänge, im kommenden Jahre hier
mehr als bisher zu helfen. Der Reichsminister
reiste um 23.35 Uhr nach Berlin zurück.

Die Spitzenkandidaten des Zentrums und der
Staatspartei. Im Wahlkreis 28 (Dresden-
Bauhen) hat die sächsische Zentrumspartei wieder
zur Reichstagswahl am 31. Juli den Reichs-
kandidat a. D. Dr. Brüning als Spitzenkandidaten
aufgestellt. In der Spitze der Staatsparteilisten
steht wieder Oberbürgermeister Dr. Rißig
(Dresden). Auch im übrigen sind die beiden
Listen wieder besetzt wie bei der vorigen Reichs-
tagswahl.

Eine Festschreibung über Hindenburg. Ameri-
kanische Zeitungen hatten gemeldet, daß Reichs-
präsident von Hindenburg kürzlich auf der Trepp-
gestürzt sei und schweren Schaden genommen habe.
Diese Meldung ist völlig unzutreffend. Richtig
ist, daß der Reichspräsident kürzlich auf dem
Boden ausgerutscht ist, aber ohne jeden Schaden
zu nehmen. Er hat seine Amtstätigkeit überhaupt
nicht zu unterbrechen brauchen.

KAUFHAUS SCHOCKEN

Jamalaneli, lichte, luft- und wasserfest	
schwarz gerahmt, Streifen- muster ca. 20 cm breit	0.45
schwarz gerahmt, Streifen- muster ca. 20 cm breit, für Bettwäsche geeignet, ca. 20 cm breit	0.58
schwarz gerahmt, Streifen- muster ca. 20 cm breit	0.68
schwarz gerahmt, Streifen- muster ca. 20 cm breit	0.78
schwarz gerahmt, Streifen- muster ca. 20 cm breit	0.88
schwarz gerahmt, Streifen- muster ca. 20 cm breit	0.20